

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Währungspolitik - Rentenversicherung - Enka-Glanzstoff - China - EG-Entwicklungspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Währungspolitik - Rentenversicherung - Enka-Glanzstoff - China - EG-Entwicklungspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 11, pp. 543-544

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134878>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Währungspolitik

Revision des deutschen Standpunktes?

Mitte Oktober erklärte Bundeskanzler Schmidt in einem Interview in der Financial Times, „daß die sprunghaft floatenden Wechselkurse zu der gegenwärtigen Weltrezession beigetragen haben“. Damit vollzog er eine Annäherung an den französischen Standpunkt, der mit ähnlich lautender Begründung eine Rückkehr zu festen Wechselkursen fordert. Die bisherigen Erfahrungen mit dem Floating unterstützen diese Auffassung jedoch in keiner Weise; denn die Unternehmen haben sehr schnell gelernt, sich der veränderten Situation anzupassen und sich gegen die mit floatenden Kursen verbundenen Risiken weitgehend zu schützen. Von einer nennenswerten Behinderung des Welthandels aufgrund flexibler Wechselkurse kann demnach keine Rede sein. Vielmehr sind dafür immer noch bestehende Restriktionen im Bereich des Handels und des Kapitalverkehrs verantwortlich. Die vom Kanzler geforderte „glattere“ Kursentwicklung ist zwar wünschenswert und die Bundesbank sollte ihre bisherige Interventionspraxis überprüfen, aber ein Zusammenhang mit der Weltrezession ist hieraus nicht ableitbar.

Zu fragen bleibt jedoch, wo die Motive für die deutsch-französische Annäherung zu suchen sind. Handelt es sich um politische Rücksichtnahme auf einen wichtigen EG-Partner, oder versucht die durch ihre Haltung zur EG-Haushaltsfrage ins politische Abseits geratene Bundesrepublik ihr europäisches Gewissen durch Konzessionen in der Währungspolitik zu beruhigen? Sollte diese Entwicklung in absehbarer Zeit zu einer Rückkehr zu einem Festkursystem führen, so dürften erste Behinderungen des Welthandels die Folge sein. Denn in Anbetracht der geringen Chancen einer internationalen Koordination und Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken bei gleichzeitig starken Konjunktur- und Strukturdivergenzen scheint eine Rückkehr zu festen Wechselkursen ohne erneute Währungskrisen unmöglich. ww

Rentenversicherung

Problematische Modellrechnungen

Seit 1969 ist das Bundesarbeitsministerium verpflichtet, Vorausberechnungen zum finanziellen Status der Rentenversicherung vorzulegen. Alljährlich kommt es aus diesem Anlaß zu widersprüchlichen Lagebeurteilungen. Die Regierung

stellt gegenwärtig bewußt die langfristige Sicherung der Renten sowie die Konstanz der Beiträge bis 1979 heraus; demgegenüber halten Skeptiker Beitragserhöhungen bereits ein Jahr eher für notwendig.

Beide Versionen lassen sich an Hand der Modellrechnungen belegen. So bestünde kein Anlaß zur Sorge, wenn wir in den nächsten Jahren mit einem durchschnittlichen Wachstum der Löhne und Gehälter von 10% nominal und mit einer Arbeitslosenquote nicht über 2,5% rechnen könnten. Allerdings reagiert das System recht empfindlich auf Abweichungen: Wachsen Löhne und Gehälter entgegen der obigen Annahme lediglich um 6%, so läßt der Einnahmeausfall die Reserven der Rentenversicherung bereits 1978 auf den gesetzlich fixierten kritischen Wert von drei Monatsausgaben schrumpfen.

Es wäre verfehlt, wollte man den Wert derartiger Projektionen etwa mit dem Hinweis auf die Unsicherheiten in der mittelfristigen Entwicklung volkswirtschaftlicher Eckdaten grundsätzlich in Frage stellen. Erinnert sei jedoch an die Diskussion um das vorgezogene Altersruhegeld. Hier wurde die fatale Neigung der Politiker jeder Couleur deutlich, schon heute (fiktive) Reserven zu verteilen, die erst noch erarbeitet werden müssen. Warnungen vor einer mißbräuchlichen Interpretation derartiger Rechnungen sind daher nur allzu berechtigt. rr

Enka-Glanzstoff

Rückschlag für die Gewerkschaften

Die zum AKZO-Konzern gehörende Enka-Glanzstoff-Gruppe steckt wegen ihrer Überkapazitäten im Faserbereich wieder einmal in Schwierigkeiten. In langwierigen Verhandlungen mit dem AKZO-Weltkonzernausschuß strebte das Unternehmen daher einen Personalabbau von 6000 Arbeitskräften in den deutschen, belgischen und niederländischen Werken an. Da sich keine Einigung abzeichnete, brach die Verwaltung die Gespräche ab und sprach ein „endgültiges Nein an die internationalen Gewerkschaften“ aus. In Zukunft sollte nur noch mit den zuständigen nationalen Instanzen verhandelt werden. Kurz darauf konnten die niederländischen Betriebe eine Einigung mit dem dortigen Gesamtbetriebsrat erzielen.

Der „Fall“ Enka-Glanzstoff ist nicht nur ein interessantes Beispiel für eine wenig erfolgreiche mittelfristige Unternehmensplanung. Von besonderer Bedeutung ist er im Hinblick auf die Perspektiven für die Bildung einer gewerkschaftlichen Gegen-

macht zu den multinationalen Unternehmen. Die Gewerkschaften haben in ihrem Streben nach einer Internationalisierung der Verhandlungen mit den Multis einen starken Rückschlag erlitten, und dies in zweifacher Hinsicht: Zum einen wurde deutlich, daß ihnen zuwenig Rechtsmittel zur Verfügung stehen, um ihre Internationalisierungsbestrebungen gegenüber den Unternehmen durchzusetzen. Auf der anderen Seite konnten die internationalen Gewerkschaften keine konstruktive Antwort auf die Kernfrage liefern, wie viele Arbeitsplätze in welchen Ländern stillgelegt werden sollten. Einig sind sie sich nur in der generellen Ablehnung von Betriebsstillegungen; eine Konzeption für notwendige Anpassungsmaßnahmen in schlechten Zeiten haben sie dagegen nicht aufzuweisen. Damit fehlt ihnen jedoch eine wesentliche Voraussetzung für die angestrebten internationalen Verhandlungen über die Investitionspolitik multinationaler Unternehmen. ju

China

Steigendes Außenhandelsvolumen

Der Abschluß eines Schifffahrts- und Luftfahrtabkommens und die Errichtung einer gemischten Wirtschaftskommission beim Besuch von Bundeskanzler Schmidt in Peking dürften für die Entwicklung der Außenhandelsbeziehungen zwischen beiden Staaten kaum eine unmittelbare spektakuläre Bedeutung haben. Die bereits zu beobachtende steigende Tendenz im deutsch-chinesischen Handel wird sich jedoch festigen. Der Außenhandelsumsatz zwischen beiden Staaten stieg 1974 gegenüber dem Vorjahr um 30 % auf 1,5 Mrd. DM; damit war der deutsch-chinesische Handel allerdings nur um ein Drittel höher als der Außenhandel der Bundesrepublik mit Bulgarien, dem kleinsten der osteuropäischen RGW-Staaten. Zwei Drittel der genannten Summe entfielen auf deutsche Lieferungen in die chinesische Volksrepublik.

Bisher war China nicht an langfristigen Krediten interessiert. Angesichts des steigenden Defizits – nach westlichen Schätzungen etwa 0,7 bis 1,0 Mrd. \$ 1974 – nimmt China nun jedoch auch verstärkt Lieferantenkredite mit gestreckten Zahlungszielen in Anspruch. Da das Land aber nur das unbedingt Notwendige importiert und der Export in erster Linie dazu dient, Devisen für die Einfuhren zu beschaffen, dürften in der nächsten Zeit kaum sprunghafte Zuwächse bei den westlichen Außenhandelskrediten für China zu erwarten sein. In dieser Beziehung unterscheidet sich China von den RGW-Ländern, deren Verschuldung im Westen in einem zunehmenden Maße steigt. Darüber hinaus ist China nicht zuletzt aufgrund seines Rohstoffreichtums mittelfristig durchaus in

der Lage, die Westexporte zu steigern und damit Handelsbilanzdefizite zu vermeiden. Mit der wachsenden Bedeutung Chinas als Lieferant für Rohstoffe und als Bezieher westlicher Maschinen und Ausrüstungen könnte die gegenwärtig starke Verhandlungsposition der Sowjetunion gegenüber westlichen Partnern wesentlich relativiert werden.

EG-Entwicklungspolitik

Ohne Konzept

Beim Abkommen von Lomé mit 46 AKP-Staat und bei der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen hatten die verantwortlichen Entwicklungspolitiker der EG-Mitgliedsländer noch eine von vielen Skeptikern nicht erwartete Einigkeit demonstriert. Gleichzeitig haben sie auch umfangreiche finanzielle Zusagen gegenüber den Entwicklungsländern gemacht. Von beidem ist, scheint es jedenfalls, seit der Luxemburger Ratstagung der Minister für Entwicklungshilfe, bei der es um die Finanzierung der Zusagen gehen sollte, es um die Finanzierung der Zusagen gehen sollte, nicht mehr viel übrig geblieben.

Die Gründe für diesen Sinneswandel liegen zu der Hand: Starke Kürzungen in den öffentlichen Haushalten vieler EG-Mitgliedstaaten behindern die Finanzierung von Beiträgen zur Entwicklungshilfe. Überdies stoßen gegenwärtig die Zuweisungen an die EG zur Finanzierung gemeinschaftlicher technischer und finanzieller Hilfe und die ständig zunehmenden Geldforderungen der Gemeinschaft nur auf ein geringes Verständnis der breiten Öffentlichkeit. Denn gleichzeitig werden in vielen EG-Staaten die nationalen Haushalte oftmals zu Lasten der öffentlichen Leistungen im Inland zusammengestrichen. Schließlich kann auch niemand so recht einsehen, wie die EG das geforderte Geld ausgeben will. So geht es z. B. für das Abkommen von Lomé noch keine Durchführungsbestimmungen. Der für die Entwicklungspolitik zuständige EG-Kommissar Cheysson konnte auch noch keine Vorschläge zur Harmonisierung der gemeinsamen Entwicklungspolitik einbringen.

Aus diesen Gründen war es nur allzu verständlich, daß Egon Bahr weitere finanzielle Verpflichtung nur eingehen wollte, wenn er sicher sein konnte, daß die EG-Mittel auch sinnvoll im Rahmen einer gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik verwendet werden. Deshalb machte er weitere Zusagen von der Vorlage und von Beschlüssen über ein abgestimmtes Konzept abhängig. Daraus den Vorworts abzuleiten, daß er finanziellen Verpflichtung ausweichen wolle, ist eine nicht ganz überzeugende Argumentation. I